Landeshauptstadt Hannover - 50.08 - Datum 05.03.2019

**Einladung**

zur 23. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 18. März 2019, 15.00 Uhr,
Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Genehmigung des Protokolls über die 22. Sitzung am 18. Februar 2019

3. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

4. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zu einer integrierenden Einrichtung für Zuwanderer aus Südosteuropa
(Drucks. Nr. 0164/2019 mit 1 Anlage)

5. Antrag der FDP-Fraktion zu einer Anhörung zum Thema: "Bedarfsgerechte barrierefreie Stadtplanung"
(Drucks. Nr. 0434/2019)

6. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0267/2019)

6.1. Zusatzantrag der Gruppe Linke & Piraten zu Drucks. Nr. 0267/2019: Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0526/2019)

7. Dringlichkeitsantrag der Gruppe Linke & Piraten zur Ausweitung der Einsatzzeiten für Kältebus
(Drucks. Nr. 0525/2019)

8. Bericht der Dezernentin

Schostok

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover - 50.08 - Datum 19.03.2019

**PROTOKOLL**

23. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 18. März 2019,
Rathaus, Hodlersaal

| | |
|---|---|
| Beginn | 15.10 Uhr |
| Ende | 16.10 Uhr |

Anwesend:

| | | |
|---|---|---|
| Ratsfrau Klingenburg-Pülm | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| Ratsherr Borstelmann | (CDU) | |
| Ratsherr Döring | (FDP) | |
| Ratsfrau Gamoori | (SPD) | 15.30 - 16.10 Uhr |
| (vertritt Ratsherrn Alter) | (SPD) | |
| Ratsherr Hellmann | (CDU) | |
| Ratsfrau Iri | (SPD) | |
| Ratsherr Jacobs | (AfD) | |
| Ratsfrau Jeschke | (CDU) | |
| Beigeordneter Machentanz | (LINKE & PIRATEN) | |
| (vertritt Ratsherrn Yildirim) | (LINKE & PIRATEN) | |
| Ratsfrau Neveling | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| (vertritt Ratsfrau Langensiepen) | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| Ratsherr Nicholls | (SPD) | |

**Beratende Mitglieder:**
Herr Fahlbusch
Frau Lenssen
Frau Merkel
Herr Schultz
Frau Stadtmüller

**Grundmandat:**
Ratsherr Klippert (Die FRAKTION)

**Verwaltung:**
Stadträtin Beckedorf, Sozial- und Sportdezernentin
Frau Ruhrort, Fachbereich Soziales
Frau Vogt-Janssen, Fachbereich Senioren
Frau Feuerhahn, Fachbereich Soziales
Frau Kalmus, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Herr Laue, Sozial- und Sportdezernat
Frau Rösch, Fachbereich Soziales
Herr Woike, Sozial- und Sportdezernat, Beauftragter Sucht und Suchtprävention
Frau Hanebeck, Fachbereich Soziales
für das Protokoll

**Presse:**
Herr Krasselt, NP
Herr Macke, Asphalt

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Genehmigung des Protokolls über die 22. Sitzung am 18. Februar 2019

3. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

4. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zu einer integrierenden Einrichtung für Zuwanderer aus Südosteuropa
(Drucks. Nr. 0164/2019 mit 1 Anlage)

5. Antrag der FDP-Fraktion zu einer Anhörung zum Thema: "Bedarfsgerechte barrierefreie Stadtplanung"
(Drucks. Nr. 0434/2019)

6. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0267/2019)

6.1. Zusatzantrag der Gruppe Linke & Piraten zu Drucks. Nr. 0267/2019: Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0526/2019)

6.1.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0526/2019
(Zusatzantrag der Gruppe Linke & Piraten zu Drucks. Nr. 0267/2019: Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften)
(Drucks. Nr. 0830/2019)

6.2. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion. der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION
(Drucks. Nr. 0863/2019)

6.2.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr.0863/2019: Weiterentwicklung der Unterbringungsstandards für Obdachlose in der Landeshauptstadt Hannover
(Drucks. Nr. 0869/2019)

7. Dringlichkeitsantrag der Gruppe Linke & Piraten zur Ausweitung der Einsatzzeiten für Kältebus
(Drucks. Nr. 0525/2019)

9. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zum Leitfaden bei Unterbringung von Familien mit Kindern in Gemeinschaftsunterkünften
(Drucks. Nr. 0862/2019)

8. Bericht der Dezernentin

**TOP 1.**
**Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung**

Zunächst erinnerte **Ratsfrau Klingenburg-Pülm** an **Ratsherrn Küßner**, der kürzlich überraschend verstorben ist. Ratsherr Küßner war im Vorstand des Stiftes zum Heiligen Geist tätig, sowie mehrfach für die CDU-Fraktion Mitglied des Sozialausschusses gewesen. Bei seinem Engagement im Stift zum Heiligen Geist habe er sich intensiv für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie das Personal eingesetzt. Er sei streitbar in seinen Positionen, hilfsbereit und wertschätzend in der gemeinsamen Arbeit gewesen.

**Ratsfrau Klingenburg-Pülm** bat die Anwesenden darum, sich zu erheben und in einer Minute des Schweigens des Menschen Dieter Küßner zu gedenken.

**Ratsfrau Klingenburg-Pülm** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zur Tagesordnung machte **Ratsfrau Klingenburg-Pülm** auf 3 als Tischvorlage vorliegende Dringlichkeitsanträge aufmerksam, über deren Behandlung zunächst abzustimmen sei.

**Ratsherr Nicholls** sagte, die Thematik der „*Weiterentwicklung der Standards für Obdachlosenunterkünfte“ (Drucks. Nr. 0863/2019)* sei dem Sozialausschuss hinlänglich bekannt. Hierzu gebe es auf der heutigen Tagesordnung auch einen Antrag der CDU-Fraktion (Drucks. Nr. 0267/2019). Er bitte darum, den gemeinsamen Antrag als dringlich anzusehen, da mit ihm eine Verbesserung in den Unterkünften kurzfristig erreicht werden könne.

Darüber hinaus liege ein weiterer gemeinsamer Dringlichkeitsantrag zum *„Leitfaden bei der Unterbringung von Familien mit Kindern in Gemeinschaftsunterkünften“ (Drucks. Nr. 0862/2019)* vor. Diese Thematik habe in der Vergangenheit sowohl den Sozialausschuss als auch andere Ausschüsse wiederholt beschäftigt. Auch hier bitte er darum, den gemeinsamen Antrag als dringlich anzusehen, da hier ebenfalls kurzfristig eine Verbesserung der Situation hergestellt werden soll, indem der Leitfaden unmittelbar als Handhabe für Betreiberverträge zugrunde gelegt werden soll.

Der Sozialausschuss sprach sich dafür aus, die Anträge

- „Weiterentwicklung der Standards für Obdachlosenunterkünfte“, gemeinsamer Antrag, (Drucks. Nr. 0863/2019)
- „Weiterentwicklung der Standards für Obdachlosenunterkünfte“, Änderungsantrag der CDU-Fraktion (Drucks. Nr. 0869/2019)
- „Leitfaden bei der Unterbringung von Familien mit Kindern in Obdachlosenunterkünften“ (Drucks. Nr. 0862/2019)

als dringlich zu betrachten und in der heutigen Sitzung zu behandeln.

**Ratsfrau Klingenburg-Pülm** sagte, sie schlage vor, den gemeinsamen Antrag zur „ *Weiterentwicklung der Unterbringungsstandards für Obdachlose“ (Drucks. Nr. 0863/2019)* als *Tagesordnungspunkt 6.2* , sowie den *Änderungsantrag der CDU-Fraktion* hierzu *(Drucks. Nr. 0869/2019)* als *Tagesordnungspunkt 6.2.1* zu behandeln.

Den *gemeinsamen Antrag* zum „*Leitfaden bei der Unterbringung von Familien mit Kindern in Gemeinschaftsunterkünften“ (Drucks. Nr. 0862/2019)* schlage sie vor, als *Tagesordnungspunkt 9* im Anschluss an Tagesordnungspunkt 7 zu behandeln.

Der Sozialausschuss war mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

**Ratsherr Hellmann** erklärte, da die Tagesordnung zum Thema „Weiterentwicklung von Unterbringungsstandards für Obdachlose“ nun einen sehr viel komplexeren gemeinsamen Antrag (Drucks. Nr. 0863/2019) vorsehe, ziehe er den Antrag seiner Fraktion ( *Tagesordnungspunkt 6, Drucks. Nr. 0267/2019)* zurück. Mutmaßlich habe sich damit auch der Zusatzantrag *(Tagesordnungspunkt 6.1, Drucks. Nr. 0526/2019)* erledigt, da dieser sich auf den Antrag seiner Fraktion beziehe. Den Änderungsantrag zum Zusatzantrag *(Tagesordnungspunkt 6.1.1, Drucks. Nr. 0830/2019)* ziehe er ebenfalls zurück.

**Beigeordneter Machentanz** sagte, er ziehe den Zusatzantrag seiner Fraktion *(Tagesordnungspunkt 6.1, Drucks. Nr. 0526/2019* ) zurück. Da der Antrag inhaltlich aber so wichtig sei kündige er bereits jetzt an, einen entsprechenden eigenständigen Antrag stellen zu wollen.

Der Sozialausschuss war mit der entsprechend geänderten Tagesordnung einverstanden.

**TOP 2.**
**Genehmigung des Protokolls über die 22. Sitzung am 18. Februar 2019**

Ohne Aussprache.

**7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen**

**TOP 3.**
**Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

**TOP 4.**
**Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zu einer integrierenden Einrichtung für Zuwanderer aus Südosteuropa**
**(Drucks. Nr. 0164/2019 mit 1 Anlage)**

**Ratsherr Nicholls** erklärte, die Intention der Personen, die im „Freundeskreis Burg & Weg“ aktiv sind, sei durchaus interessant. Allerdings halte seine Fraktion den gestellten Antrag für nicht geeignet, die genannten Ziele umsetzen zu können. Einerseits sei das vorgestellte Konzept unzureichend andererseits bereits heute die Situation rund um den Burgweg schwierig. Ob die unter Denkmalschutz stehende Liegenschaft mit bereits bestehendem erheblichen Sanierungsbedarf für den Zweck überhaupt geeignet sei, wage er zu bezweifeln.

**Ratsherr Döring** verwies auf eine Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Liegenschaften, in dem vom Gebäudewirtschaftsteam eindrucksvoll dargelegt worden sei, dass die Immobilie nach Auffassung von Kennern der Immobilie weder für den Zweck geeignet noch kurzfristig zu ertüchtigen wäre. Insofern schließe er sich den Ausführungen von Ratsherrn Nicholls an. Im Stadtbezirk gebe es darüber hinaus noch weitere an der Immobilie interessierte Vereine.

**Beigeordneter Machentanz** machte deutlich, dass es der antragstellenden Gruppe um ein Gespräch der Verwaltung mit dem Freundeskreis gehe. Sollte der Antrag abgelehnt werden, bitte er die Verwaltung darum, die Gespräche trotzdem zu führen.

**Ratsherr Klippert** wies auf den in anderen Ausschusssitzungen zum gleichen Thema von der CDU-Fraktion gemachten Vorschlag, Vertreter des Freundeskreises, aber auch andere Interessierte, zu einer Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) einzuladen. Vielleicht könnte dies die antragstellende Gruppe gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Internationalen Ausschusses initiieren.

**1 Stimme dafür, 9 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

**TOP 5.**
**Antrag der FDP-Fraktion zu einer Anhörung zum Thema: "Bedarfsgerechte barrierefreie Stadtplanung"**
**(Drucks. Nr. 0434/2019)**

**Ratsherr Nicholls** erklärte, seine Fraktion behalte sich vor, weitere Anzuhörende zu benennen.

Dem schlossen sich die Vertreter der anderen Fraktionen an, die davon ausgehen, dass die Verwaltung hierzu entsprechend auf sie zukommen werde.

Bereits jetzt schlage er den *Sozialverband Deutschland* als weiteren Anzuhörenden vor, sagte **Ratsherr Hellmann**.

**Ratsherr Jacobs** erklärte, er hoffe, dass das Thema der Anhörung auch beim nächsten Termin des *Runden Tisches für Menschen mit Behinderung* angesprochen werde und Vertreter des Runden Tisches in der Anhörung ihre Ansicht vertreten könnten.

**Einstimmig**

**TOP 6.**
**Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften**
**(Drucks. Nr. 0267/2019)**

*(Diskussionsbeitrag dazu s. Tagesordnungspunkt 1).*

**Zurückgezogen**

**TOP 6.1.**
**Zusatzantrag der Gruppe Linke & Piraten zu Drucks. Nr. 0267/2019:**
**Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften**
**(Drucks. Nr. 0526/2019)**

*(Diskussionsbeitrag dazu s. Tagesordnungspunkt 1).*

**Zurückgezogen**

**TOP 6.1.1.**
**Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0526/2019**
**(Zusatzantrag der Gruppe Linke & Piraten zu Drucks. Nr. 0267/2019:**
**Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften)**
**(Drucks. Nr. 0830/2019)**

*(Diskussionsbeitrag dazu s. Tagesordnungspunkt 1).*

**Zurückgezogen**

**TOP 6.2.**
**Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion. der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Weiterentwicklung der Unterbringungsstandards für Obdachlose in der Landeshauptstadt Hannover**
**(Drucks. Nr. 0863/2019)**

**Ratsherr Hellmann** sagte, seine Fraktion beantrage mit ihrem Änderungsantrag die Streichung des markierten Passus‘. Dem eigentlichen Antragstext des interfraktionellen Antrages (Drucks. Nr. 0863/2019) stimme seine Fraktion zu. Der zu streichende Abschnitt sei lückenhaft, so dass auf ihn besser verzichtet werde.

**Beigeordneter Machentanz** erklärte, auch wenn seine Gruppe den Antrag formuliert habe, könne sie sich durchaus dem Wunsch nach Streichung des Abschnittes anschließen, sollte dies für eine Zustimmung der CDU-Fraktion notwendig sein.

**Ratsherr Nicholls** wies darauf hin, dass es sich bei den aufgeführten Punkten um vom Rat beschlossene Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für Obdachlose handele.

Grundsätzlich beschäftige das Thema der Unterbringungsstandards den Rat schon seit langem. Mit dem vorgelegten gemeinsamen Antrag sollen wesentliche Punkte zu einer effektiven Verbesserung in den Unterkünften sichergestellt werden. Hervorgehoben werden sollten hier insbesondere die räumliche Unterbringung sowie die Möglichkeit, Haustiere, wobei es sich vornehmlich um Hunde handeln dürfte, mitzubringen.

Dem schlossen sich sowohl **Ratsherr Klippert** also auch **Ratsherr Döring** und **Beigeordneter Machentanz** an.

**Ratsfrau Neveling** ergänzte, ihrer Fraktion sei darüber hinaus an einer Verbesserung des sozialarbeiterischen Schlüssels gelegen. Sozialarbeit solle dabei parteiisch für die Untergebrachten sein. Um dies auch im Betreuungskonzept wiederzufinden, müsse mit einer höheren Gewichtung des Konzeptes gegenüber dem Preis ausgeschrieben werden.

**Einstimmig**

**TOP 6.2.1.**
**Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr.0863/2019: Weiterentwicklung der Unterbringungsstandards für Obdachlose in der Landeshauptstadt Hannover (Drucks. Nr. 0869/2019)**

*(Diskussionsbeiträge s. Tagesordnungspunkt 6.2).*

**5 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

**TOP 7.**
**Dringlichkeitsantrag der Gruppe Linke & Piraten zur Ausweitung der Einsatzzeiten für Kältebus**
**(Drucks. Nr. 0525/2019)**

**Beigeordneter Machentanz** begründete den Antrag anhand der vorgelegten Drucksache.

**Ratsherr Döring** berichtete, dass in Vorbereitung der Haushaltsanträge 2019/2020 mehrfach mit dem Träger des Kältebusses gesprochen worden sei. Dabei habe der Träger nachvollziehbar erläutert, dass er weder einen Bedarf für die frühen Morgenstunden sehe, noch sich in der Lage sehe, mit seiner herkömmlichen Struktur diese Betriebszeiten realisieren könne. Seiner Auffassung nach, sagte **Ratsherr Döring**, sei mit dem genannten Haushaltsantrag das umgesetzt worden, was für den Träger leistbar sei und für das aus dessen Sicht die größten Bedarfe bestehen. Nach Ende des Winters sollte mit dem Träger evaluiert werden, was möglicherweise in welcher Form anzupassen sei. Derzeit sehe er persönlich dafür keine Veranlassung.

**Beigeordneter Machentanz** entgegnete, Obdachlose hätten ihm berichtet, dass sie sehr wohl den Bedarf hätten. Auch die Tatsache, dass wieder Obdachlose in der Kälte gestorben seien, zeige, dass der Bedarf offenkundig nicht gedeckt werde. Möglicherweise sollte auch ein anderer Träger angesprochen werden, der zusätzliche Zeiten mit einem Kältebus anbiete und insgesamt engagierter sei.

**Ratsherr Nicholls** zeigte sich sehr betroffen von den Ausführungen seines Vorredners. Der Rat habe bei den letzten Haushaltsplanberatungen explizit die Problematik der Ausweitung der Kältebusse aufgegriffen. Auch seine Fraktion habe Gespräche mit den Trägern geführt, bei denen ausdrücklich zugesichert worden sei, dass bei extremer Kälte über die vereinbarten Zeiten hinaus ein deutlich umfangreicheres Angebot vorgehalten werde. Vor diesem Hintergrund seien die Äußerungen nicht nachvollziehbar.

Darüber hinaus wolle er noch einmal auf den Shuttlebus zur Notunterkunft des Deutschen Roten Kreuzes aufmerksam machen. Aus tragischen Einzelfällen einen Vorwurf an die vielen ehren- und hauptamtlich Tätigen zu konstruieren, werde dem Engagement nicht gerecht. Selbst ein Angebot an allen Tagen der Woche, rund um die Uhr könne nicht garantieren, dass nicht möglicherweise irgendwo jemand in der Kälte verstirbt. Es bestehe keine Verpflichtung für Obdachlose, eine Notunterkunft aufzusuchen. Zwang könne nur im Rahmen streng festgesetzter Bedingungen ausgeübt werden.

Auch **Ratsherr Klippert** meinte, das inzwischen ausgeweitete Angebot müsse erst einmal erprobt und danach bewertet werden.

**Beigeordneter Machentanz** sagte, seine Gruppe wolle das Winternotprogramm, wie der Name schon sage, in der kalten Jahreszeit ausweiten. Wenn damit nur ein Todesfall verhindert werden könne, sei diese Ausweitung sicher gerechtfertigt.

**Ratsherr Hellmann** erklärte, eine punktuelle, bedarfsgerechte Ausweitung werde seine Fraktion unterstützen, auch wenn deutlich geworden sei, dass dies für den Träger personell nicht einfach werde.

**Ratsherr Jacobs** sagte, auch seine Fraktion unterstütze eine Ausweitung der Einsatzzeiten in Kälteperioden. Die von Ratsherrn Nicholls genannte Zusicherung des Trägers, zu extremen Kältezeiten ein umfangreicheres Angebot zu machen, halte er für den falschen Weg, da dies nicht festgeschrieben sei.

**5 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

**TOP 9.**
**Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zum Leitfaden bei Unterbringung von Familien mit Kindern in Gemeinschaftsunterkünften**
**(Drucks. Nr. 0862/2019)**

**Ratsherr Nicholls** begründete den Antrag anhand der vorgelegten Drucksache.

**Einstimmig**

**TOP 8.**
**Bericht der Dezernentin**

**8.1**
**Stadträtin Beckedorf** erinnerte an FIM (Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen), das 2017 geschaffene Beschäftigungsprojekt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die dahinterstehende Idee sei gut, aber etwas verspätet gewesen, wie sich in der Praxis gezeigt habe. Mit der vom Verwaltungsausschuss beschlossenen entsprechenden Drucksache Nr. 0040/2017 wurde die Verwaltung beauftragt, entsprechende Plätze zu schaffen.

In der Umsetzung habe die Verwaltung festgestellt, dass es sich um ein sehr bürokratisches Verfahren mit einem hohen organisatorischen Aufwand handelt. Da das Programm vergleichsweise spät aufgelegt wurde, habe dies zu einer recht hohen Quote an Maßnahmeabbrüchen geführt, da die Teilnehmenden in Integrations- oder Sprachkurse aufgenommen werden oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen konnten. Da der Kreis der möglichen Teilnehmenden auf Leistungsbeziehende nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beschränkt war, sich mit zunehmender Zahl der Asylverfahrensentscheidungen weiter verringerte und durch das Prinzip der Nachrangigkeit ebenfalls nur ein eine eingeschränkte Teilnahme möglich war, konnten die avisierten Zielzahlen letztlich nicht erreicht werden. Dies bestätige sich auch innerhalb des Netzwerkes Niedersächsischer Kommunen, die sich aktiv in das Projekt eingebracht hatten. Dies alles berücksichtigend habe sich die Verwaltung dazu entschieden, das Projekt auslaufen zu lassen.

Von Januar 2017 bis März 2019 konnten knapp 130 Teilnehmende in die Maßnahmen gebracht werden. Ende Januar 2019 habe es noch 16 Teilnehmende gegeben, deren Anwesenheit nicht sehr kontinuierlich war. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass zwar die generelle Teilnahme freiwillig war, wer sich aber dazu bereit erklärte, ging eine Verpflichtung ein, die bei Nichtteilnahme ggf. zu Sanktionen (Leistungskürzungen) führen konnte. Dies war für die Motivation, sich zur Teilnahme zu entschließen, sicher nicht förderlich.

Derzeit gebe es noch 6 FIM-Teilnehmende, sowie 6 Geflüchtete, die in Arbeitsgelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beschäftigt würden.

**8.2**
**Stadträtin Beckedorf** berichtete von einem in Kooperation mit dem Fachbereich Gesundheit der Region Hannover durchzuführenden Projekt zur Umsetzung des Präventionsgesetzes. Der Fachbereich Gesundheit sei vom Verband der Ersatzkassen (VdEK) aufgefordert worden, auf Grundlage des neuen Präventionsgesetzes einen Projektantrag zu stellen. Inhaltlich werde es um die Steigerung der Gesundheitskompetenz von Männern und Frauen im Alter von 35 bis 55 Jahren insbesondere in den Stadtteilen Stöcken und Mittelfeld gehen. Das Gesetz verfolge das Ziel, Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und –prävention für sog. vulnerable Zielgruppen (u.a. Langzeitarbeitslose, Senior*innen, Personen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende) umzusetzen. Diese sollen in ihren kommunalen Lebenswelten, den sog. Setting-Stadtteilen, „abgeholt“, gefördert und unterstützt werden. Die Region Hannover sei mit einer Kooperationsanfrage an die Landeshauptstadt Hannover herangetreten, da beide bereits seit einigen Jahren in Mittelfeld und Stöcken gut im Bereich Gesundheit zusammenarbeiten. Als niedrigschwellige Angebote seien in beiden Stadtteilen die Gesundheitstreffs entstanden, die auch aus Mitteln der Sozialen Stadt finanziert würden. Auf diese vorhandenen Strukturen solle aufgebaut werden, Netzwerke würden genutzt und die Themen nachhaltig im Stadtteil implementiert werden. Die wesentlichen Bestandteile des

Projektantrages seien bereits gemeinsam erarbeitet worden. Nach Angaben des VdEK handele es sich niedersachsenweit um ein Projekt mit Alleinstellungsmerkmal. Die Laufzeit werde 5 Jahre, das Finanzvolumen 1,3 Mio. € betragen. Die von Stadt und Region einzubringenden Eigenanteile von 10 %, mithin jeweils maximal 15.000 €/Jahr können durch den Einsatz der Mitarbeitenden des Quartiersmanagements in den Stadtteilen sowie der Gemeinwesenarbeit und des Bereiches Bürgerschaftliches Engagement und soziale Stadtteilentwicklung durch die Beteiligung an entsprechenden Steuerungs- und Begleitgruppen sowie die Mitarbeit im Projektteam eingebracht werden.

Die Verwaltung beabsichtige als Kooperationspartnerin mitzuwirken und erwarte sich eine große Chance und einen Mehrwert insbesondere für die Bewohner*innen der Gebiete mit sozialem Entwicklungsbedarf zu generieren. Über das Weitere werde sie gerne berichten.

**Ratsfrau Klingenburg-Pülm** schloss die Sitzung.

| | |
|---|---|
| Beckedorf | Hanebeck |
| Stadträtin | für das Protokoll |

DIE LINKE. PIRATEN
Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

☎ 0511 - 168 326 00
🖷 0511 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

In
- den Jugendhilfeausschuss
- den Gleichstellungsausschuss
- den Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation
- den Kulturausschuss
- den Sozialausschuss
- den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- den Schul- und Bildungsausschuss
- den Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
17. Jan. 2019
1860
R.06G

2019-01-17

## Antrag

gemäß §§ 10 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

**Integrierende Einrichtung für Zuwanderer aus Südosteuropa**

**zu beschließen:**

Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover (LHH) wird beauftragt, in Gesprächen mit dem „Freundeskreis Burg & Weg" die Frage zu klären, inwieweit dem Verein in Gründung das Areal Burgweg 5 (Liegenschaft und Gebäude der ehemaligen Paul-Dohrmann-Schule) zur Nutzung für eine integrierende Einrichtung längerfristig zur Verfügung gestellt werden kann.

Der Zweck dieser Einrichtung ist zunächst die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von jugendlichen und erwachsenen Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Südosteuropa. Im Weiteren soll für diese Menschen der Zugang zu Bildung, Schule, Ausbildung und Erwerbstätigkeit und die Übergänge zwischen den Lebensabschnitten ermöglicht bzw. erleichtert werden.

Zudem soll eine offene Begegnungsstätte entstehen und der kulturelle Austausch zwischen den Kulturen im Sinne eines guten Miteinanders gefördert werden.

***Begründung:***

Vor einiger Zeit hat die Stadt beschlossen, die Obdachlosenunterkunft auf dem Gelände der ehemaligen Paul-Dohrmann-Schule im Burgweg 5 zu schließen und die dortigen Roma-Großfamilien (zeitweise waren es bis zu 125 Bewohner*innen) auf mehrere Objekte zu verteilen, z.B. ehemalige oder dafür vorgesehene neu gebaute Flüchtlingsunterkünfte (vgl. auch Drucksache 0492/2018).

Der Freundeskreis Burg & Weg vollzieht derzeit die notwendigen Schritte zur Gründung eines (gemeinnützigen) Vereins und wird damit rechtsfähig. Die handelnden Personen sind Menschen, die seit geraumer Zeit mit den südosteuropäischen Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort, in Schule, Kindergarten, Projekten, verschiedensten Arbeitsgruppen, als Heimleitung der Liegenschaft, als Lehrkräfte, als Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, als Therapeuten und Therapeutinnen und als verantwortlich Tätige in Bildungs-, Qualifizierungs- und vielfältigen Sozialeinrichtungen tätig sind. Sie besitzen insoweit profundes Wissen und Kompetenz zum Betrieb einer entsprechenden integrierenden Einrichtung.

Durch die Fortführung bzw. gezielte Erweiterung von verschiedensten Projekten auf dem Gelände Burgweg 5 können die bereits gewachsenen Strukturen in besonderer Weise gefördert bzw. sichergestellt werden.

In Kooperation mit Partnerorganisationen in Südosteuropa sollen auch Möglichkeiten geschaffen werden, Ursachen für Flucht und (Armuts-)Zuwanderung und sonstige soziale Gründe zu beseitigen.

Die hier unterstützten Menschen sollen sich damit auch eine Perspektive zur Rückkehr in ihr Heimatland erarbeiten, wenn sie dieses wünschen und das notwendige Rüstzeug dafür erwerben können und wollen. Soziale Kompetenzen und Qualifikationen sind dabei die Grundlage für erfolgreiche Kooperation und Entwicklung von persönlicher und gesellschaftlicher Perspektive.

Der Freundeskreis Burg & Weg hat eine Projektskizze erarbeitet *(siehe Anlage)*. Eine Umsetzung würde das Thema der Kulturhauptstadt-Bewerbung „Nachbarschaft", das selbstverständlich auch die südosteuropäischen Nachbarn einzubeziehen hat, in besonderer Weise einbeziehen.

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

*<u>Anlage:</u> Projektskizze des Freundeskreises Burg & Weg*

# Projektskizze „Freundeskreis Burg & Weg“

## Einleitung

Vor einiger Zeit hat die Stadt beschlossen, die Obdachlosenunterkunft auf dem Gelände der ehemaligen Paul-Dohrmann-Schule im Burgweg 5 zu schließen. Im Burgweg 5 etablieren sich aber seit längerer Zeit u.a. eine Anzahl verschiedener (Sprach- und soziale Förderungsangebote, ob der besonderen Situation im Kontext und der langen Keimzeiten solcher Projekte noch immer „zarte Pflänzchen“, die „Rucksackschule“ z.B., sowie Garten-Projekte, Kinonachmittage, Theaterangebote u.v.m. Zahlreiche Initiativen von Schulen, Sozialverbände und ehrenamtlichen Helfern (bspw. Ärzten) sind regelmäßig vor Ort

Für viele Bewohner ist das Gelände so zu einem Zuhause („Sicherem Ort“) geworden. Sie haben Vertrauen zu Menschen auch außerhalb ihrer Gemeinschaften gewonnen, fühlen sich beginnend willkommener und sind tatsächlich und spürbar bemüht, hier in Hannover Fuß zu fassen.

Eine Schließung dieses besonderen Standortes würde bedeuten, dass viele der guten Ansätze im Keim erstickt und etliche Angebote wegen neuer Wohnsituationen nicht mehr wahrgenommen würden. Die beginnende Integration würde wieder einmal eine deutliche Zurücksetzung erfahren.

Im Zuge dieser aktuellen Situation haben wir auf der Grundlage vorheriger Zusammenarbeit im Frühjahr 2018 den Freundeskreis *„Burg & Weg“* ins Leben gerufen, der auf diese Situation aufmerksam machen will und einer Zerschlagung von gewachsenem Vertrauen und beginnendem Willkommen zu begegnen.

## Unsere Idee

Unsere Idee sieht vor, nach der Beendigung der derzeitigen tatsächlich an vielen Stellen unzureichenden Situation mit nicht zweckdienlicher Ausstattung und ständiger Überbelegung in enger Zusammenarbeit mit der LHH und mit einer eigenen Betreibergesellschaft im Burgweg eine innovative Weiternutzung zu entwickeln. Wir planen dort ein integratives Lebens-, Bildungs- Arbeits- und Wohnprojekt.

Dazu bietet sich an, die (denkmalgeschützte) Immobilie und das Gelände gemeinsam mit der Stadt zu sanieren und perspektivisch einer langfristigen und sinnvollen Nutzung zuzuführen. Zu diesem Zweck haben wir deutlich gemacht, die Immobilie nach einer Übergangszeit von mindestens 5 Jahren, deren Finanzierung die Stadt Hannover zunächst sicherstellt in Erbbaurecht zu erwerben. Die Zuständigkeit der Stadt würde dann nach dieser Übergangszeit tatsächlich enden und die Verantwortlichkeit vollständig auf die Erwerbergesellschaft übergehen. Die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt wären durch die Möglichkeiten der Gestaltung im Erbbaurecht trotzdem noch in angemessener Weise gegeben.

Vorgesehen ist zunächst, mit maximal 8 Roma- (ca. 60- 80 Personen) und beginnend ggf. mit ein bis zwei deutschen Familien zum einen weiter eine Obdachlosenunterkunft zu betreiben. In diesem Rahmen sollen die ehemaligen

Schulräume zu abgeschlossenen Wohnungen mit eigenen Sanitäranlagen und Küchen sukzessive umgebaut werden. Zusätzlich wird auf dem Gelände eine regelmäßige Kinderbetreuung eingerichtet sowie ein Kindergarten mit Spielplatz, der auch für auswärtige Kinder offenstehen soll.

Die bisher angebotenen Förderangebote sollen koordiniert ausgebaut und um verschiedene spezielle Programme wie weitergehende Bildungs – und Sprachförderung, Psychomotorik und z.B. Ergotherapie erweitert werden.

In den zwischenzeitlichen Gesprächen ergäbe sich hier z.B. auch ein (mutiges) Modellprojekt für die Bewerbung der LHH Hannover als „EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT 2025", die unter dem Motto „NACHBARSCHAFT" steht.

## „Wir" - Freundeskreis Burg & Weg (Verein in Gründung)

Wir, das sind stellvertretend für eine Gruppe von Menschen des „Freundeskreises Burg & Weg" Eva-Maria Grünreich (Förderschullehrerin an der Peter-Ustinov-Oberschule in Ricklingen), Markus Koenig (Heimleiter der Obdachlosenunterkunft Burgweg 5) und Helmut Meyer (bis 31.3.2018 DAZ-Lehrer an der Grundschule Wendlandstr in Herrenhausen, (zuständig für Burgweg 5), in eigener Praxis als Heilpraktiker für Psychotherapie langjährig tätiger (Trauma-) Therapeut, ebenso tätig als Geschäftsführer der hm-personalpartner GmbH Hannover (Organisations- , Personalentwicklung, Erwachsenenbildung).

Seit Jahren arbeiten wir des Weiteren mit vielen KollegInnen und an verschiedenen Stellen mit in Hannover lebenden Roma-Familien und sind uns in diesem Zusammenhang fast zwangsläufig am Burgweg begegnet. Aus Sicht der dominierenden Mehrheitsgesellschaft gelten die dort lebenden Menschen häufig als nicht oder nicht schnell genug integrierbar oder als wirtschaftlich nicht hinlänglich verwertbar. Als Ursachen hierfür werden mangelnde Bildung, persönliche Schicksale und die ausgeprägten Clan- und Familienstrukturen und viele andere hinlänglich bekannte „Defizite" angeführt.

Unsere gemeinsame Tätigkeit, u.a. in der ehemals so bezeichneten „Roma-AG Schule" (heute: AG Zuwanderung Osteuropa – Schule) führte zu einer engen, intensiven Zusammenarbeit. Dieses Forum wurde 2016 auf Initiative der Landesschulbehörde Hannover insbesondere auf Grund der aus Schulsicht desaströsen Situation und vielschichtigen Integrationsproblematiken wie dem hohen Schulabsentismus ins Leben gerufen.

Die „Roma AG Schule" als Institution hatte nach Erstellung von sog. „Brücken-Konzepten" Ihre routinemäßige Arbeit zu mindestens ausgesetzt. Die Arbeit der Roma AG wird ab Ende Juni 2018 wieder fortgesetzt, eine enge Zusammenarbeit und Fortführung der begonnenen Ansätze wird angestrebt.

Außerdem sind in unserer Projektidee Arbeitsworkshops und Anpassungsqualifizierungen nach den verschiedenen Bestimmungen des SGB II und SGB III bzw. ESF – Förderungen für in der Regel männliche, aber auch weibliche Erwachsene (wohl nicht nur aus der Einrichtung Burgweg 5) in für diese Zwecke in den freiwerdenden Räumlichkeiten geplanten Werkstätten, z.B. Tischlerei, Schlosserei, Dachdeckerei, Gärtnerei, Landschaftsbau, Näherei vorgesehen.

Die Beteiligung der gegenwärtigen und künftigen Bewohner an den Renovierungsarbeiten in Zusammenarbeit mit deutschen Fach- (Firmen) ist aus mehrfachen Erwägungen vorgesehen. Brücken in den Arbeitsmarkt können entstehen, weitergehende Kontakte zu möglichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgenommen werden, passgenaue Qualifizierung organisiert werden.

Wir haben über die o.g. Erwachsenbildungseinrichtungen vielfältige Erfahrung in der Durchführung ähnlich umfangreicher Sanierungs-und Beschäftigungsprojekte, die hinlänglich dokumentiert wurden.

Es gibt in Niedersachsen eine ganze Anzahl von Einrichtungen, die vor Zeiten in ähnlicher Zusammenarbeit und Finanzierungsquellen und -modellen zusammen von kommunalen Behörden und Stellen, Unternehmen, Erwachsenenbildungseinrichtungen, entstanden sind. Diese etablieren sich in der Regel und verrichten nach wie vor ihre Aufgaben.

Die Maßnahmen sollen im Rahmen der einschlägigen Finanzierungen von einem AZAV- zertifizierten Bildungs- und Qualifizierungsträger durchgeführt werden. Für diese arbeitsmarktlichen Aufgaben stehen im Übrigen langjährige Erfahrung und Reputation in der Durchführung erfolgreicher beruflichen (Modell-) Maßnahmen für Rand – und Problemgruppen) für die Arbeitsverwaltung, Job- Center und sonstigen kommunalen Beschäftigungsträgern zur Verfügung.

Weitere Bildungs- und Qualifizierungs- Partner verfügen ebenso über weitreichende Kompetenzen und Infrastruktur und könnten von sollen mit eingebunden werden.

Insbesondere sollen auch für Frauen attraktive Maßnahmen etabliert werden, die geeignet sind, sie auf Lehrberufe (z.B. Hauswirtschaft) vorzubereiten.

Neben Arbeit und Leben, streben wir einen Kulturaustausch („Geordneter Zugang/ Geordneter Zuzug") an: Es soll in Zusammenarbeit mit anderen niedersächsischen Organisationen eine offene Begegnungsstätte mit Café, Ausstellungen zur Geschichte der „Zigeuner" und Raum für Vorträge, Tagungen, themenbezogene Filmvorführungen und Weiterbildungen entstehen.

## Rückführung der Roma nach Rumänien

Die Maßnahmen in unserem Projekt sollen außerdem dazu geeignet sein, die Roma-Familien im Hinblick auf eine Rückkehr nach Rumänien mit Fähigkeiten auszustatten, die es Ihnen dort erlauben, eine Arbeit anzunehmen, sich (mit einem Handwerk) selbstständig zu machen oder etwa einen kleinen (Bio-)Hof zu bewirtschaften.

In einem geschützten Rahmen sollen Teilnehmer an den oben genannten Maßnahmen (Bewohner und evtl. Teilnehmer von außen) das nötige Rüstzeug erhalten, um eine gelingende Integration in unsere Gesellschaft zu vollziehen, darüber hinaus soll eine mögliche Rückkehr in Ihr „Heimatland" mit dem Ziel der dortigen finanziellen Unabhängigkeit im Fokus stehen.

**Burgweg 5**

Der Ort „Burgweg 5“ ist durch seine Lage tatsächlich ideal für ein solches Projekt und bietet viel Grün und Platz zum „geordneten Zugang“, zum Aufeinander- Treffen, zum Kennenlernen, Verweilen u.v.m.

Der Stand der Überlegungen bei der LHH bzgl. der Schließung bzw. der weiteren Verwendung der Immobilie ist nach unserem Kenntnisstand noch nicht abgeschlossen. Von daher wäre auch ein gemeinsames (Modell-) Projekt wie beschrieben unter Federführung der LHH selbst und mit starken, regionalen Partnern diskutierbar.

Die Dominanz- Gesellschaft zeigt sich mittlerweile zwar durchaus bemüht und mitunter nachsichtig im Umgang mit den Sinti und Roma, doch viele Maßnahmen und Angebote laufen regelmäßig ins Leere, wenn sie nicht aufsuchend und kontinuierlich sind. Folglich stehen viele Schulen und Kindergärten den Kindern dieser Volksgruppen hilflos und überfordert gegenüber. Unsere Erfahrungen in Schule und Obdach zeigen jedoch, dass eine kontinuierliche Verortung der Integrationsangebote dorthin, wo die Familien leben, ertragreich ist. Die diesbezüglich, z.B. in der ehemaligen „Roma – AG“, heute AG Zuwanderung Osteuropa Schule“ entwickelten Brückenkonzepte und die praktischen Ansätze im Burgweg sollen wissenschaftlich begleitet und kontinuierlich evaluiert und weiterentwickelt werden.

Zu diesen Fragestellungen wurden auch von Lehrenden der Hochschule Hannover schon vielfältige Forschungsthemen im Zusammenhang mit den Roma- Thematiken bearbeitet. Ein Schwerpunkt ist die aus unserer Sicht sehr notwendige Betrachtung zum Thema „Institutionelle Diskriminierung gegen Roma“.

Auch an der Uni Hildesheim gibt es ebenso interessante und unterstützende Forschungsansätze, z.B. zum Thema Bildungsteilhabe von Sinti und Roma.

Wir verfolgen also die Idee der Etablierung von vielfältigen Bildungsangeboten direkt in die Lebenswelt der Familien vor Ort, im Alltag der Familien in Obdach und einer damit einhergehenden sukzessiven Emanzipation der Familienmitglieder von ihren „sicheren“ aber auch sehr starren Strukturen.

Darunter verstehen wir ebenso den Abbau von gegenseitigen (Berührungs-) Ängsten, Vorbehalten und Vorurteilen, die in Jahrhunderten der Verfolgung und Bedrohung gegenüber den Roma gewachsen sind und in Bezug auf die Gesellschaft in Deutschland bestehen. Dieser Integrations-prozess braucht Vertrauen und Sicherheit, und es braucht ein Selbstwertgefühl, das sich nicht entwickeln kann, solange man als „Mangelwesen“ stigmatisiert wird und sich im Grunde (gegenseitig) nicht willkommen fühlt.

Zur weiteren praktischen und wissenschaftlichen Aufarbeitung wären ggf. auch Themenstellungen der transgenerationalen Traumatisierungen zu berücksichtigen.

## Sozialpakt

Wir möchten mit den Bewohnern einen praktischen, konkret umsetz- und lebbaren *Sozialpakt* eingehen, der alle gleichermaßen in die Verpflichtung nimmt, ihren Beitrag zu leisten. Die Familien verpflichten sich z.B., ihre Kinder an den Angeboten vor Ort teilnehmen zu lassen und sie regelmäßig in die Schulen zu schicken; Erwachsene könnten verpflichtet werden, an mindestens einer berufsvorbereitenden Maßnahme teilzunehmen; dafür wandelt sich der Status eines Obdachlosenheimbewohners nach und nach (Zeiträume von 2- 5 Jahren könnten durchaus realistisch sein) in den eines, wenn auch zeitlich befristeten selbstverantwortlichen Mieters.

Wir streben nicht die dauerhafte Bindung an dieses Projekt an, sondern betrachten es als eine Art „Sicheren Ort", in dem die Bewohner ihre Selbstständigkeit üben, um an der Gesellschaft wirksam partizipieren zu können, der sie momentan in vielen Bereichen noch überfordert gegenüberstehen.

## Modellkonzept

Das Modellkonzept ist zunächst ausgelegt für eine Kapazität von ca. 50 – 60 Bewohnern. Durch den Neubau von Wohnungen auf dem Gelände wäre eine Aufstockung der Familien und Bewohner möglich. Die Motive für die Etablierung der Maßnahmen und Angebote vor Ort (dorthin, wo die Familien wohnen) wurden an anderer Stelle bereits besprochen

Die verschiedenen Maßnahmen im Projekt unterscheiden sich in solche, die als Ausbildung bzw. Ausbildung vorbereitende Maßnahmen zu verstehen sind, und jene, die als Angebote und Fördermaßnahmen zu verstehen sind.

Im Hinblick auf eine gelingende Integration in diese Gesellschaft oder Rückführung nach Rumänien sowie einer Emanzipation der einzelnen Familienmitglieder von starren Familienstrukturen halten wir Maßnahmen und Angebote gleichermaßen für notwendig

Im Folgenden werden die einzelnen Disziplinen vorgestellt und inklusive ihrer Anforderungen an die Räumlichkeiten entsprechend in den Gebäuden verortet. Eine Anpassung bzw. Korrektur ist nach Begutachtung eines Architekten und Statikers gegebenenfalls angezeigt.

## Ergänzung:

### Modellhaftes Projekt: Kommunale Zuständigkeit versus Niedersächsischer Integrationsplan

In Zeiten von erstarkendem Nationalismus, Ablehnung, Verärgerung und Unverständnis in der Bevölkerung gegenüber diesen, uns oft fremden Menschen, könnte unser Projekt in vielerlei Hinsicht als „Hannoveraner Modellversuch" wegweisend für Niedersachsen und darüber hinaus eine Einladung sein, weitergehende Integration und Zusammenarbeit zu ermöglichen. U.E. und aus wissenschaftlicher Sicht (siehe „Veranstaltungsreihe 75 Jahre Auschwitz- Erlass, Kontinuitäten des Rassismus gegen Sinti und Roma") fehlt es an einem

„Niedersächsischen Integrationsplan", der die verschiedenen Erfahrungen an anderen Orten zusammenfasst.

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Zuwanderung von Roma- Familien aus anderen südosteuropäischen Ländern sich verlangsamen wird, das „Problem" sich also von selbst erledigen wird. Die auch für Hannover vorhersehbaren Größenordnungen lassen deutlich anderes erwarten, die Situation in den Herkunftsländern, insbesondere in Rumänien, Bulgarien aber auch anderen (ost- und südosteuropäischen) Ländern wird die Einwanderungsbewegungen nach Deutschland künftig noch deutlich verstärken

Uns ist bewusst, dass unser Vorhaben vor diesem Hintergrund ein streitbares Politikum ist und wir auf der Seite einer Bevölkerungsgruppe stehen, die keine Lobby hat und über die zunehmend gesagt und politisch als Strategie verfolgt wird, es sei besser, sie würden wieder gehen.

Durch Kooperation mit Partnerorganisationen in Südosteuropa sollen vielmehr auch Möglichkeiten geschaffen werden, Ursachen für Flucht und (Armuts-) Zuwanderung und sonstige sozialen Gründen zu beseitigen. Diese Menschen sollen sich damit auch eine Perspektive zur Rückkehr in ihr Heimatland erarbeiten, wenn sie dieses wünschen und das notwendige Rüstzeug dafür erwerben können und wollen. Soziale Kompetenzen und Qualifikationen sind die Grundlage für erfolgreiche Kooperation und Selbstverwirklichung.

Ohne ein „Willkommen" sind Maßnahmen und Projekte der Mikro- und Makro-Organisations-entwicklung auf Dauer aber nicht wirklich geeignet, eine spürbare Verbesserung der angespannten Situation zu erreichen.

## Fazit

Die Betreiberverträge im Burgweg 5 laufen demnächst (Ende Feb. 2019) aus, offenbar gibt es allerdings Pläne, die Nutzung des Geländes/ der Gebäude über diesen Zeitraum hinaus fortzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist offenbar ein formales Interessenbekundungsverfahren durch die LHH in Vorbereitung. Die LHH sollte allerdings aus unserer Sicht genauestens prüfen, ob nicht eine eigene Nutzung wie beschrieben mit der Sicherstellung der Finanzierung mindestens in den ersten 5 Jahren eine günstigere Variante darstellt.

Die notwendigen finanziellen Mittel sollen mit der Erbringung von direkt zu finanzierenden Leistungen, z.B. weiterhin der Unterbringung einer allerdings geringeren Anzahl von Roma – Familien, der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen und der Erbringung von weiteren refinanzierten sozialen Dienstleistungen *(Kindergarten, Vorschule, etc.) aufgebracht werden.*

Selbstverständlich werden zusätzlich einzuwerbende Mittel aus lokalen, nationalen und vor Allem auch europäischen (Forschungs- und Qualifizierungs-) Programmen die Finanzierung auf ein breites Fundament stellen.

# Projektskizze „Freundeskreis Burg & Weg“

## Einleitung

Vor einiger Zeit hat die Stadt beschlossen, die Obdachlosenunterkunft auf dem Gelände der ehemaligen Paul-Dohrmann-Schule im Burgweg 5 zu schließen. Im Burgweg 5 etablieren sich aber seit längerer Zeit u.a. eine Anzahl verschiedener (Sprach- und soziale Förderungsangebote, ob der besonderen Situation im Kontext und der langen Keimzeiten solcher Projekte noch immer „zarte Pflänzchen“, die „Rucksackschule“ z.B., sowie Garten-Projekte, Kinonachmittage, Theaterangebote u.v.m. Zahlreiche Initiativen von Schulen, Sozialverbände und ehrenamtlichen Helfern (bspw. Ärzten) sind regelmäßig vor Ort.

Für viele Bewohner ist das Gelände so zu einem Zuhause („Sicherem Ort“) geworden. Sie haben Vertrauen zu Menschen auch außerhalb ihrer Gemeinschaften gewonnen, fühlen sich beginnend willkommener und sind tatsächlich und spürbar bemüht, hier in Hannover Fuß zu fassen.

Eine Schließung dieses besonderen Standortes würde bedeuten, dass viele der guten Ansätze im Keim erstickt und etliche Angebote wegen neuer Wohnsituationen nicht mehr wahrgenommen würden. Die beginnende Integration würde wieder einmal eine deutliche Zurücksetzung erfahren.

Im Zuge dieser aktuellen Situation haben wir auf der Grundlage vorheriger Zusammenarbeit im Frühjahr 2018 den Freundeskreis *„Burg & Weg“* ins Leben gerufen, der auf diese Situation aufmerksam machen will und einer Zerschlagung von gewachsenem Vertrauen und beginnendem Willkommen zu begegnen.

## Unsere Idee

Unsere Idee sieht vor, nach der Beendigung der derzeitigen tatsächlich an vielen Stellen unzureichenden Situation mit nicht zweckdienlicher Ausstattung und ständiger Überbelegung in enger Zusammenarbeit mit der LHH und mit einer eigenen Betreibergesellschaft im Burgweg eine innovative Weiternutzung zu entwickeln. Wir planen dort ein integratives Lebens-, Bildungs- Arbeits- und Wohnprojekt.

Dazu bietet sich an, die (denkmalgeschützte) Immobilie und das Gelände gemeinsam mit der Stadt zu sanieren und perspektivisch einer langfristigen und sinnvollen Nutzung zuzuführen. Zu diesem Zweck haben wir deutlich gemacht, die Immobilie nach einer Übergangszeit von mindestens 5 Jahren, deren Finanzierung die Stadt Hannover zunächst sicherstellt in Erbbaurecht zu erwerben. Die Zuständigkeit der Stadt würde dann nach dieser Übergangszeit tatsächlich enden und die Verantwortlichkeit vollständig auf die Erwerbergesellschaft übergehen. Die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt wären durch die Möglichkeiten der Gestaltung im Erbbaurecht trotzdem noch in angemessener Weise gegeben.

Vorgesehen ist zunächst, mit maximal 8 Roma-Familien (ca. 60- 80 Personen) und beginnend ggf. mit ein bis zwei deutschen Familien zum einen weiter eine Obdachlosenunterkunft zu betreiben. In diesem Rahmen sollen die ehemaligen

Schulräume zu abgeschlossenen Wohnungen mit eigenen Sanitäranlagen und Küchen sukzessive umgebaut werden. Zusätzlich wird auf dem Gelände eine regelmäßige Kinderbetreuung eingerichtet sowie ein Kindergarten mit Spielplatz, der auch für auswärtige Kinder offenstehen soll.

Die bisher angebotenen Förderangebote sollen koordiniert ausgebaut und um verschiedene spezielle Programme wie weitergehende Bildungs- und Sprachförderung, Psychomotorik und z.B. Ergotherapie erweitert werden.

In den zwischenzeitlichen Gesprächen ergäbe sich hier z.B. auch ein (mutiges) Modellprojekt für die Bewerbung der LHH Hannover als „EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT 2025“, die unter dem Motto „NACHBARSCHAFT“ steht.

**„Wir“ - Freundeskreis Burg & Weg (Verein in Gründung)**

Wir, das sind stellvertretend für eine Gruppe von Menschen des „Freundeskreises Burg & Weg“ Eva-Maria Grünreich (Förderschullehrerin an der Peter-Ustinov-Oberschule in Ricklingen), Markus Koenig (Heimleiter der Obdachlosenunterkunft Burgweg 5) und Helmut Meyer (bis 31.3.2018 DAZ-Lehrer an der Grundschule Wendlandstr in Herrenhausen, (zuständig für Burgweg 5), in eigener Praxis als Heilpraktiker für Psychotherapie langjährig tätiger (Trauma-) Therapeut, ebenso tätig als Geschäftsführer der hm-personalpartner GmbH Hannover (Organisations- , Personalentwicklung, Erwachsenenbildung).

Seit Jahren arbeiten wir des Weiteren mit vielen KollegInnen und an verschiedenen Stellen mit in Hannover lebenden Roma-Familien und sind uns in diesem Zusammenhang fast zwangsläufig am Burgweg begegnet. Aus Sicht der dominierenden Mehrheitsgesellschaft gelten die dort lebenden Menschen häufig als nicht oder nicht schnell genug integrierbar oder als wirtschaftlich nicht hinlänglich verwertbar. Als Ursachen hierfür werden mangelnde Bildung, persönliche Schicksale und die ausgeprägten Clan- und Familienstrukturen und viele andere hinlänglich bekannte „Defizite“ angeführt.

Unsere gemeinsame Tätigkeit, u.a. in der ehemals so bezeichneten „Roma-AG Schule“ (heute: AG Zuwanderung Osteuropa – Schule) führte zu einer engen, intensiven Zusammenarbeit. Dieses Forum wurde 2016 auf Initiative der Landesschulbehörde Hannover insbesondere auf Grund der aus Schulsicht desaströsen Situation und vielschichtigen Integrationsproblematiken wie dem hohen Schulabsentismus ins Leben gerufen.

Die „Roma AG Schule“ als Institution hatte nach Erstellung von sog. „Brücken-Konzepten“ Ihre routinemäßige Arbeit zu mindestens ausgesetzt. Die Arbeit der Roma AG wird ab Ende Juni 2018 wieder fortgesetzt, eine enge Zusammenarbeit und Fortführung der begonnenen Ansätze wird angestrebt.

Außerdem sind in unserer Projektidee Arbeitsworkshops und Anpassungsqualifizierungen nach den verschiedenen Bestimmungen des SGB II und SGB III bzw. ESF – Förderungen für in der Regel männliche, aber auch weibliche Erwachsene (wohl nicht nur aus der Einrichtung Burgweg 5) in für diese Zwecke in den freiwerdenden Räumlichkeiten geplanten Werkstätten, z.B. Tischlerei, Schlosserei, Dachdeckerei, Gärtnerei, Landschaftsbau, Näherei vorgesehen.

Die Beteiligung der gegenwärtigen und künftigen Bewohner an den Renovierungsarbeiten in Zusammenarbeit mit deutschen Fach- (Firmen) ist aus mehrfachen Erwägungen vorgesehen. Brücken in den Arbeitsmarkt können entstehen, weitergehende Kontakte zu möglichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgenommen werden, passgenaue Qualifizierung organisiert werden.

Wir haben über die o.g. Erwachsenbildungseinrichtungen vielfältige Erfahrung in der Durchführung ähnlich umfangreicher Sanierungs-und Beschäftigungsprojekte, die hinlänglich dokumentiert wurden.

Es gibt in Niedersachsen eine ganze Anzahl von Einrichtungen, die vor Zeiten in ähnlicher Zusammenarbeit und Finanzierungsquellen und -modellen zusammen von kommunalen Behörden und Stellen, Unternehmen, Erwachsenenbildungseinrichtungen, entstanden sind. Diese etablieren sich in der Regel und verrichten nach wie vor ihre Aufgaben.

Die Maßnahmen sollen im Rahmen der einschlägigen Finanzierungen von einem AZAV- zertifizierten Bildungs- und Qualifizierungsträger durchgeführt werden. Für diese arbeitsmarktlichen Aufgaben stehen im Übrigen langjährige Erfahrung und Reputation in der Durchführung erfolgreicher beruflichen (Modell-) Maßnahmen für Rand – und Problemgruppen) für die Arbeitsverwaltung, Job- Center und sonstigen kommunalen Beschäftigungsträgern zur Verfügung.

Weitere Bildungs- und Qualifizierungs- Partner verfügen ebenso über weitreichende Kompetenzen und Infrastruktur und könnten von sollen mit eingebunden werden.

Insbesondere sollen auch für Frauen attraktive Maßnahmen etabliert werden, die geeignet sind, sie auf Lehrberufe (z.B. Hauswirtschaft) vorzubereiten.

Neben Arbeit und Leben, streben wir einen Kulturaustausch („Geordneter Zugang/ Geordneter Zuzug“) an: Es soll in Zusammenarbeit mit anderen niedersächsischen Organisationen eine offene Begegnungsstätte mit Café, Ausstellungen zur Geschichte der „Zigeuner“ und Raum für Vorträge, Tagungen, themenbezogene Filmvorführungen und Weiterbildungen entstehen.

## Rückführung der Roma nach Rumänien

Die Maßnahmen in unserem Projekt sollen außerdem dazu geeignet sein, die Roma-Familien im Hinblick auf eine Rückkehr nach Rumänien mit Fähigkeiten auszustatten, die es Ihnen dort erlauben, eine Arbeit anzunehmen, sich (mit einem Handwerk) selbstständig zu machen oder etwa einen kleinen (Bio-)Hof zu bewirtschaften.

In einem geschützten Rahmen sollen Teilnehmer an den oben genannten Maßnahmen (Bewohner und evtl. Teilnehmer von außen) das nötige Rüstzeug erhalten, um eine gelingende Integration in unsere Gesellschaft zu vollziehen, darüber hinaus soll eine mögliche Rückkehr in Ihr „Heimatland“ mit dem Ziel der dortigen finanziellen Unabhängigkeit im Fokus stehen.

**Burgweg 5**

Der Ort „Burgweg 5“ ist durch seine Lage tatsächlich ideal für ein solches Projekt und bietet viel Grün und Platz zum „geordneten Zugang“, zum Aufeinander- Treffen, zum Kennenlernen, Verweilen u.v.m.

Der Stand der Überlegungen bei der LHH bzgl. der Schließung bzw. der weiteren Verwendung der Immobilie ist nach unserem Kenntnisstand noch nicht abgeschlossen. Von daher wäre auch ein gemeinsames (Modell-) Projekt wie beschrieben unter Federführung der LHH selbst und mit starken, regionalen Partnern diskutierbar.

Die Dominanz- Gesellschaft zeigt sich mittlerweile zwar durchaus bemüht und mitunter nachsichtig im Umgang mit den Sinti und Roma, doch viele Maßnahmen und Angebote laufen regelmäßig ins Leere, wenn sie nicht aufsuchend und kontinuierlich sind. Folglich stehen viele Schulen und Kindergärten den Kindern dieser Volksgruppen hilflos und überfordert gegenüber. Unsere Erfahrungen in Schule und Obdach zeigen jedoch, dass eine kontinuierliche Verortung der Integrationsangebote dorthin, wo die Familien leben, ertragreich ist. Die diesbezüglich, z.B. in der ehemaligen „Roma – AG“, heute AG Zuwanderung Osteuropa Schule“ entwickelten Brückenkonzepte und die praktischen Ansätze im Burgweg sollen wissenschaftlich begleitet und kontinuierlich evaluiert und weiterentwickelt werden.

Zu diesen Fragestellungen wurden auch von Lehrenden der Hochschule Hannover schon vielfältige Forschungsthemen im Zusammenhang mit den Roma- Thematiken bearbeitet. Ein Schwerpunkt ist die aus unserer Sicht sehr notwendige Betrachtung zum Thema „Institutionelle Diskriminierung gegen Roma“.

Auch an der Uni Hildesheim gibt es ebenso interessante und unterstützende Forschungsansätze, z.B. zum Thema Bildungsteilhabe von Sinti und Roma.

Wir verfolgen also die Idee der Etablierung von vielfältigen Bildungsangeboten direkt in die Lebenswelt der Familien vor Ort, im Alltag der Familien in Obdach und einer damit einhergehenden sukzessiven Emanzipation der Familienmitglieder von ihren „sicheren“ aber auch sehr starren Strukturen.

Darunter verstehen wir ebenso den Abbau von gegenseitigen (Berührungs-) Ängsten, Vorbehalten und Vorurteilen, die in Jahrhunderten der Verfolgung und Bedrohung gegenüber den Roma gewachsen sind und in Bezug auf die Gesellschaft in Deutschland bestehen. Dieser Integrations-prozess braucht Vertrauen und Sicherheit, und es braucht ein Selbstwertgefühl, das sich nicht entwickeln kann, solange man als „Mangelwesen“ stigmatisiert wird und sich im Grunde (gegenseitig) nicht willkommen fühlt.

Zur weiteren praktischen und wissenschaftlichen Aufarbeitung wären ggf. auch Themenstellungen der transgenerationalen Traumatisierungen zu berücksichtigen.

## Sozialpakt

Wir möchten mit den Bewohnern einen praktischen, konkret umsetz- und lebbaren *Sozialpakt* eingehen, der alle gleichermaßen in die Verpflichtung nimmt, ihren Beitrag zu leisten. Die Familien verpflichten sich z.B., ihre Kinder an den Angeboten vor Ort teilnehmen zu lassen und sie regelmäßig in die Schulen zu schicken; Erwachsene könnten verpflichtet werden, an mindestens einer berufsvorbereitenden Maßnahme teilzunehmen; dafür wandelt sich der Status eines Obdachlosenheimbewohners nach und nach (Zeiträume von 2- 5 Jahren könnten durchaus realistisch sein) in den eines, wenn auch zeitlich befristeten selbstverantwortlichen Mieters.

Wir streben nicht die dauerhafte Bindung an dieses Projekt an, sondern betrachten es als eine Art „Sicheren Ort“, in dem die Bewohner ihre Selbstständigkeit üben, um an der Gesellschaft wirksam partizipieren zu können, der sie momentan in vielen Bereichen noch überfordert gegenüberstehen.

## Modellkonzept

Das Modellkonzept ist zunächst ausgelegt für eine Kapazität von ca. 50 – 60 Bewohnern. Durch den Neubau von Wohnungen auf dem Gelände wäre eine Aufstockung der Familien und Bewohner möglich. Die Motive für die Etablierung der Maßnahmen und Angebote vor Ort (dorthin, wo die Familien wohnen) wurden an anderer Stelle bereits besprochen

Die verschiedenen Maßnahmen im Projekt unterscheiden sich in solche, die als Ausbildung bzw. Ausbildung vorbereitende Maßnahmen zu verstehen sind, und jene, die als Angebote und Fördermaßnahmen zu verstehen sind.

Im Hinblick auf eine gelingende Integration in diese Gesellschaft oder Rückführung nach Rumänien sowie einer Emanzipation der einzelnen Familienmitglieder von starren Familienstrukturen halten wir Maßnahmen und Angebote gleichermaßen für notwendig

Im Folgenden werden die einzelnen Disziplinen vorgestellt und inklusive ihrer Anforderungen an die Räumlichkeiten entsprechend in den Gebäuden verortet. Eine Anpassung bzw. Korrektur ist nach Begutachtung eines Architekten und Statikers gegebenenfalls angezeigt.

## Ergänzung:

### Modellhaftes Projekt: Kommunale Zuständigkeit versus Niedersächsischer Integrationsplan

In Zeiten von erstarkendem Nationalismus, Ablehnung, Verärgerung und Unverständnis in der Bevölkerung gegenüber diesen, uns oft fremden Menschen, könnte unser Projekt in vielerlei Hinsicht als „Hannoveraner Modellversuch“ wegweisend für Niedersachsen und darüber hinaus eine Einladung sein, weitergehende Integration und Zusammenarbeit zu ermöglichen. U.E. und aus wissenschaftlicher Sicht (siehe „Veranstaltungsreihe 75 Jahre Auschwitz- Erlass, Kontinuitäten des Rassismus gegen Sinti und Roma“) fehlt es an einem

„Niedersächsischen Integrationsplan“, der die verschiedenen Erfahrungen an anderen Orten zusammenfasst.

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Zuwanderung von Roma- Familien aus anderen südosteuropäischen Ländern sich verlangsamen wird, das „Problem“ sich also von selbst erledigen wird. Die auch für Hannover vorhersehbaren Größenordnungen lassen deutlich anderes erwarten, die Situation in den Herkunftsländern, insbesondere in Rumänien, Bulgarien aber auch anderen (ost- und südosteuropäischen) Ländern wird die Einwanderungsbewegungen nach Deutschland künftig noch deutlich verstärken

Uns ist bewusst, dass unser Vorhaben vor diesem Hintergrund ein streitbares Politikum ist und wir auf der Seite einer Bevölkerungsgruppe stehen, die keine Lobby hat und über die zunehmend gesagt und politisch als Strategie verfolgt wird, es sei besser, sie würden wieder gehen.

Durch Kooperation mit Partnerorganisationen in Südosteuropa sollen vielmehr auch Möglichkeiten geschaffen werden, Ursachen für Flucht und (Armuts-) Zuwanderung und sonstige sozialen Gründen zu beseitigen. Diese Menschen sollen sich damit auch eine Perspektive zur Rückkehr in ihr Heimatland erarbeiten, wenn sie dieses wünschen und das notwendige Rüstzeug dafür erwerben können und wollen. Soziale Kompetenzen und Qualifikationen sind die Grundlage für erfolgreiche Kooperation und Selbstverwirklichung.

Ohne ein „Willkommen“ sind Maßnahmen und Projekte der Mikro- und Makro-Organisations-entwicklung auf Dauer aber nicht wirklich geeignet, eine spürbare Verbesserung der angespannten Situation zu erreichen.

## **Fazit**

Die Betreiberverträge im Burgweg 5 laufen demnächst (Ende Feb. 2019) aus, offenbar gibt es allerdings Pläne, die Nutzung des Geländes/ der Gebäude über diesen Zeitraum hinaus fortzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist offenbar ein formales Interessenbekundungsverfahren durch die LHH in Vorbereitung. Die LHH sollte allerdings aus unserer Sicht genauestens prüfen, ob nicht eine eigene Nutzung wie beschrieben mit der Sicherstellung der Finanzierung mindestens in den ersten 5 Jahren eine günstigere Variante darstellt.

Die notwendigen finanziellen Mittel sollen mit der Erbringung von direkt zu finanzierenden Leistungen, z.B. weiterhin der Unterbringung einer allerdings geringeren Anzahl von Roma – Familien, der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen und der Erbringung von weiteren refinanzierten sozialen Dienstleistungen *(Kindergarten, Vorschule, etc.) aufgebracht werden.*

Selbstverständlich werden zusätzlich einzuwerbende Mittel aus lokalen, nationalen und vor Allem auch europäischen (Forschungs- und Qualifizierungs-) Programmen die Finanzierung auf ein breites Fundament stellen.

FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Freie Demokraten
FDP-Ratsfraktion

FDP-Ratsfraktion • Hildesheimer Straße 7 • 30169 Hannover

Hildesheimer Straße 7
30169 Hannover
Tel.: 0511 168 45659
Fax: 0511 168 45223
fdp@hannover-stadt.de
www.fdp-ratsfraktion.de

An
den Oberbürgermeister
Herr Stefan Schostok
Rathaus

Geschäftsbereich
Oberbürgermeister
07. Feb. 2019
per Post 8 ooh
1860 ✓

Hannover, 04.02.2019

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Sozialausschuss

**A N T R A G** **gemäß § 35 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover**
**Anhörung: Bedarfsgerechte barrierefreie Stadtplanung**

zu beschließen:

Es wird eine gemeinsame öffentliche Anhörung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses sowie des Sozialausschusses zu bedarfsgerechter barrierefreier Stadtplanung durchgeführt. Dabei sollen neben den Bedarfen von Menschen mit Behinderungen auch die Bedarfe einer alternden Stadtgesellschaft und ihrer besonderen stadtplanerischen Herausforderungen für eine bedarfsgerechte Quartiersentwicklung im Mittelpunkt stehen.

Als Anzuhörende werden eingeladen:

- VertreterIn des Seniorenbeirats,
- VertreterIn der UESTRA (Winterdienst an Haltestellen),
- VertreterIn der Architektenkammer
- VertreterIn Stadtplanungsbüro Lohaus + Carl GmbH Stadtplaner - Hannover
- VertreterIn des Blinden- und Sehbehinderten Verbands Niedersachsen e.V.

**Begründung:**
Der Sozialbericht 2018 (DS 2713/2018) weist auf eine zunehmend alternde Bevölkerung hin. Auch wenn die prozentualen Werte aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge der letzten zwei Jahrzehnte vergleichsweise gering zu sein scheinen, ist die absolute Zahlen an Menschen im Seniorenalter beachtlich. Der Bericht weist weiter darauf hin, dass eine Mehrzahl der Menschen im Rentenalter in den Randgebieten der Stadt lebt. Da die Menschen mit zunehmendem Alter mehr und mehr auf wohnortnahe Infrastruktur angewiesen sind, ist es dringend erforderlich, auch in zentralen städtischen Lagen mehr für Senioren attraktive Wohnquartiere zu schaffen, die es ihnen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.
Zugleich wird sich in den nächsten 10-15 Jahren die Generation der Babyboomer dem Rentenalter nähern, was die Demographie der Stadtgesellschaft und auch die Bedarfe und die Ansprüche an Wohnen, Leben und Mobilität völlig neu definieren. Eine rechtzeitige Weichenstellung und vorausschauende Stadtentwicklung ist erforderlich, um diesen Planerischen Aufgaben angemessen gerecht werden zu können.

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

CDU RATSFRAKTION HANNOVER

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
24. Jan. 2019
13:47h
16.60

In die Ratsversammlung

24. Januar 2019

**Dringlichkeitsantrag**

gem. der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

**Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften**

**Antrag zu beschließen:**
Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften bei der betroffenen Personengruppe zu entwickeln und den entsprechenden Gremien umgehend vorzulegen.

**Begründung:**
Befragungen/Untersuchungen haben immer wieder gezeigt, dass für einen erheblichen Teil der auf der Straße lebenden Menschen die Furcht vor Belästigungen, Gewalt und Diebstählen an ihrer Habe den Hauptgrund dafür darstellt, dass sie die bestehenden Unterkunftsangebote nicht nutzen. Stattdessen schlafen sie, selbst bei arktischen Temperaturen, nachts unter Brücken oder unter freiem Himmel. Jetzt hat dieser Umstand sogar einen Menschen in Hannover das Leben gekostet.
Diese menschenunwürdigen Umstände könnten durch deutlich verbesserte Sicherheitsvorkehrungen in den Unterkünften – wie zum Beispiel mehr Sicherheits- und Aufsichtspersonal sowie abschließbare Schränke – positiv verändert werden.

Jens Seidel
Vorsitzender

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Vorsitzender: Jens Seidel
Osterstraße 60 Telefon (0511) 168-4 55 28 e-mail: cdu@hannover-stadt.de
30159 Hannover Telefax (0511) 168-4 50 51 internet: www.cdu-hannover.de

DIE LINKE. PIRATEN
Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Gruppenvorsitzender
Dirk Machentanz

☎ 0511 - 168 326 00
🖷 0511 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

In
- den Sozialausschuss
- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

2019-02-18

**Zusatzantrag**

gemäß §§ 12, 33 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

**zu Drs. 0267/2019**

**Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion**
**zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften**

**zu beschließen:**

Bei der Erstellung des Konzeptes zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Unterkünften für Obdachlose bei der betroffenen Personengruppe ist folgende Zielstellungen mit zu berücksichtigen:

Alle Unterkünfte für Obdachlose sind auch tagsüber offen zu halten.

*Begründung:*

Obdachlose benötigen nicht nur nachts ein Dach über dem Kopf. Sie müssen auch tagsüber die Möglichkeit des Rückzugs und Aufwärmens haben.

Solange Obdachlose nicht über eigene vier Wände verfügen, muss über die Unterkünfte auch tagsüber eine adäquate Rückzugsmöglichkeit geschaffen werden.

Dirk Machentanz
Vorsitzender

CDU RATSFRAKTION HANNOVER

In den Sozialausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

13. März 2019

**Änderungsantrag** gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 0526/2019 (Zusatzantrag der Gruppe Linke & Piraten zu Drucks. Nr. 0267/2019: Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften)

Der Antragstext wird wie folgt **geändert**:

Antrag zu beschließen:

Bei der Erstellung des Konzeptes zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Unterkünften für Obdachlose bei der betroffenen Personengruppe ist folgende Zielstellung~~en~~ mit zu berücksichtigen:

Alle Unterkünfte für Obdachlose sind **in den Wintermonaten** auch tagsüber offen zu halten.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Jens-Michael Emmelmann
stellv. Vorsitzender

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Vorsitzender: Jens Seidel
Osterstraße 60 Telefon (0511) 168-4 55 28 e-mail: cdu@hannover-stadt.de
30159 Hannover Telefax (0511) 168-4 50 51 internet: www.cdu-hannover.de

**SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover**
**Bündnis 90/Die Grünen Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover**
**DIE LINKE & PIRATEN – Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover**
**FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover**
**Die FRAKTION im Rat der Landeshauptstadt Hannover**

18.03.2019

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
18 März 2019
18.60
14:52h

In den

- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- Sozialausschuss
- Verwaltungsausschuss

**Dringlichkeitsantrag**

gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
**Weiterentwicklung der Unterbringungsstandards für Obdachlose in der Landeshauptstadt Hannover**

Dem Rat der Landeshauptstadt Hannover ist die gute Unterbringung und Versorgung von obdachlosen Menschen ein wichtiges Anliegen. Aus diesem Grund sind in den vergangenen Jahren bereits durch Ratspolitik und Stadtverwaltung eine Reihe von quantitativen, wie qualitativen Neuerungen auf den Weg gebracht worden, die die Unterbringung verbessert haben und auch künftig verbessern werden. Die wohnraumerhaltenden Hilfen bleiben auch in Zukunft ein maßgeblicher Ansatz zur Vermeidung von Obdachlosigkeit. Diese sind eng zu verzahnen mit der zu entwickelnden Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit.

**zu beschließen:**

Um die Standards zur Unterbringung von obdachlosen Menschen auf dem bereits beschrittenen Weg weiterzuentwickeln, sollen

1. die Kriterien für die Unterbringung insbesondere in den folgenden Punkten angepasst werden:

a) Die Obdachlosenunterkünfte werden differenziert nach Wohnungen, Wohnprojekten und Wohnheimen sowie nach Notschlafstellen, die nur zur Übernachtung vorgesehen sind.
b) Wohnprojekte sollen nicht mehr als 100 Plätze, Wohnheime nicht mehr als 150 Plätze haben.
c) Die Wohnheime und Wohnprojekte sollen nach und nach im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel baulich so verändert werden, dass Familien in abgeschlossenen wohnungsähnlichen Einheiten und Alleinstehende möglichst in Einzelzimmern, maximal in 2-Bettzimmern untergebracht werden. In der Regel sollen jeder untergebrachten Person mindestens 10 qm zur Verfügung stehen.
d) In Notschlafstellen sollen pro Bewohner*in mindestens 6 qm zur Verfügung stehen. Notschlafstellen sind so einzurichten, dass den Bewohner*innen Gelegenheit zur sicheren Aufbewahrung ihrer Habe gegeben wird.

e) Auf Einrichtungen und besondere Angebote für Frauen und Kindern soll verstärkt hingewiesen werden. Mittelfristig soll ein bedarfsgerechter Ausbau der Angebote für Frauen und speziell für Frauen mit Kindern erfolgen.
f) Neubau und Umbau von Obdachloseneinrichtungen werden barrierefrei umgesetzt.
g) Bei der Vergabe von Betreiberverträgen für Wohnungen, Wohnprojekte und Wohnheime wird das Betreuungskonzept des Betreibers gegenüber dem Angebotspreis mit 65 % zu 35 % bewertet. Die Themen Gewaltschutz, konfliktfreies Zusammenleben und Hausordnung sollen, neben anderen, Bestandteil des Konzeptes und damit der Vergabeentscheidung sein.
h) Bei der Vergabe von Betreiberverträgen für Notschlafstellen, die nicht Teil einer bestehenden Unterkunft sind, soll ein Gewaltschutzkonzept des Betreibers gegenüber dem Angebotspreis mit 65 % zu 35 % bewertet werden.
i) Der Personalschlüssel für die Soziale Arbeit beträgt in Wohnheimen 1 zu 33 und in Wohnprojekten 1 zu 50. Eine Anpassung soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei Neuvergaben bzw. Vertragsverlängerungen erfolgen.
j) Für die soziale Betreuung sind qualifizierte Mitarbeiter*innen einzusetzen. Im Bewerbungsverfahren sollen auch Fremdsprachenkenntnisse eine Rolle spielen.
k) In Gemeinschaftsunterkünften (Wohnheimen, Wohnprojekten, Notschlafstellen) soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nach und nach kostenloses WLAN in Gemeinschafts- und Wohnräumen angeboten und als verpflichtende Aufgabe in die Betreiberverträge aufgenommen werden.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie an einer der Gemeinschaftsunterkünfte eine Unterbringung von Hunden sowohl innerhalb als auch außerhalb der Unterkunft erfolgen kann und den Ratsgremien (Bauausschuss, Sozialausschuss) hierfür einen Vorschlag vorzulegen.

3. Die Stadtverwaltung kontrolliert die Einhaltung dieser und der bisherigen Vergabekriterien sowohl durch die bisher dafür vorgesehenen Mitarbeiter*innen im Sachgebiet Unterbringung als auch durch die mit dem Änderungsantrag zum Haushalt Nr. H-0168/2019 (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP) neu zu schaffende Stelle für die Kontrolle der Unterkünfte.

Begründung:

In den vergangenen Jahren haben sich Ratspolitik und Stadtverwaltung auf den Weg gemacht, die Unterkünfte für obdachlose Menschen Schritt für Schritt zu verbessern. Markante Stationen auf diesem Weg waren unter anderem die Haushaltsanträge von SPD, Grünen und FDP zur Bewertung der Betreiberkonzepte bei neu zu vergebenden Unterkünften (H-0184/2017) und zur Schaffung einer zusätzlichen Stelle zur Kontrolle der Einhaltung der Betreiberverträge (H-0168/2019) sowie die Verwaltungsdrucksache zu Unterkünften für Obdachlose (Ds. 0492/2018).
Ein Teil der obdachlosen Menschen in der Landeshauptstadt Hannover meidet derzeit die mögliche Unterbringung in einer Unterkunft aus verschiedenen Gründen. Dazu zählen Verweise auf Diebstähle und Erfahrung körperlicher Gewalt durch Auseinandersetzungen unter den Bewohner*innen, Nicht-Einhaltung von Ruhezeiten sowie mangelnde Privatsphäre

in den Unterkünften. Dazu kommt, dass in vielen Fällen Haustiere, insbesondere Hunde, wesentliche Bestandteile sozialer Bindungen der Betroffenen sind und eine Trennung von diesen „Sozialpartnern“ situationsverschärfend wirkt. Die Unterbringung von Haustieren an oder in Unterkünften der Landeshauptstadt ist derzeit nicht möglich.

Der Anteil der Frauen an den Wohnungslosen ist in den letzten Jahren gestiegen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslose weist darauf hin, dass die Akzeptanz von Hilfsangeboten steigt, wenn sie für Frauen konzipiert sind. Hier ist eine Prüfung der Angebote auf Geschlechterdifferenzierung notwendig.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind die im Antragstext benannten Veränderungen der Kriterien bei der Gestaltung und Vergabe der Unterkünfte künftig vorzunehmen. Der Anlass einer Neuvergabe oder die Verlängerung eines Betreibervertrages bieten für diese Veränderungen eine sinnvolle Gelegenheit.

| | | |
|---|---|---|
| Christine Kastning<br>Fraktionsvorsitzende | Silvia Klingenburg-Pülm<br>Stv. Fraktionsvorsitzende | Dirk Machentanz<br>Gruppenvorsitzender |
| Patrick Döring<br>Stv. Fraktionsvorsitzender | Julian Klippert<br>Fraktionsvorsitzender | |

CDU RATSFRAKTION HANNOVER

In den Sozialausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss

18. März 2019

**Änderungsantrag**

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
18. März 2019 1860
16.23h

gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. XXXX-2019 (Dringlichkeitsantrag Weiterentwicklung der Unterbringungsstandards für Obdachlose in der Landeshauptstadt Hannover)

Der Begründungstext der Drucksache wird wie folgt **geändert**:

In den vergangenen Jahren haben sich Ratspolitik und Stadtverwaltung auf den Weg gemacht, die Unterkünfte für obdachlose Menschen Schritt für Schritt zu verbessern. ~~Markante Stationen auf diesem Weg waren unter anderem die Haushaltsanträge von SPD, Grünen und FDP zur Bewertung der Betreiberkonzepte bei neu zu vergebenden Unterkünften (H-0184/2017) und zur Schaffung einer zusätzlichen Stelle zur Kontrolle der Einhaltung der Betreiberverträge (H-0168/2019) sowie die Verwaltungsdrucksache zu Unterkünften für Obdachlose (Ds. 0492/2018).~~
(...)

**Begründung:**
Die Aufzählung der „markanten Stationen" ist lückenhaft, so wird etwa der CDU-Antrag zur Akzeptanzsteigerung von städtischen Obdachlosenunterkünften (DS 0267/2019) nicht genannt. Mit diesem Änderungsantrag wird versucht die Retrospektive zu verlassen und konsensual eine Lösung zu finden.

Jens-Michael Emmelmann
Stellv. Vorsitzender

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Vorsitzender: Jens Seidel
Osterstraße 60 Telefon (0511) 168-4 55 28 e-mail: cdu@hannover-stadt.de
30159 Hannover Telefax (0511) 168-4 50 51 internet: www.cdu-hannover.de

# Gruppe LINKE & PIRATEN
( Antrag Nr. 0525/2019 )

Eingereicht am 18.02.2019 um 15:00 Uhr.

**Sozialausschuss, Finanzausschuss, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung**

---

**Dringlichkeitsantrag der Gruppe Linke & Piraten zur Ausweitung der Einsatzzeiten für Kältebus**

**Antrag**
**zu beschließen:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kältebus-Einsatz im Rahmen des sog. Winter-Notprogramms Obdachlose auf montags bis sonntags von 18 bis 23 Uhr auszuweiten.

2. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob eine Ausweitung des Kältebus-Angebots bis 3 Uhr morgens oder auf die ganze Nacht ein geeignetes Mittel zur Betreuung bzw. Rettung von Obdachlosen ist.

**Begründung**
*Zu 1.*
Das Kältebus-Angebot dient einer niedrigschwelligen Betreuung von Obdachlosen. Um diese zu optimieren, sollten die Einsatzzeiten ausgeweitet werden. Eine Ausweitung des Kältebus-Einsatzes auf die gesamte Woche einschließlich des Wochenendes ist bedarfsgerecht, denn an jedem Abend in der Woche stellen warme Getränke und Essen eine wichtige (Über-)Lebenshilfe dar, ebenso ggf. zusätzliche, wärmende Kleidung.

*Zu 2.*
Vier tote Obdachlose in Hannover innerhalb kürzester Zeit sind ein deutliches Zeichen, dass es Obdachlosen an Vielem fehlt. Da die besonders kritische Zeit nachts - und keineswegs nur kältebedingt - ist, muss geprüft werden, inwiefern eine Betreuung auch in dieser Zeitphase erfolgen muss, u.a. um Menschenleben zu retten.

Dirk Machentanz
Vorsitzender

Hannover / 19.02.2019

DIE LINKE. PIRATEN
Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Gruppenvorsitzender
Dirk Machentanz

☎ 0511 - 168 326 00
🖷 0511 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

In
- den Sozialausschuss
- den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

2019-02-18

**Dringlichkeitsantrag**

gemäß §§ 10, 11, 33 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

**Ausweitung der Einsatzzeiten für Kältebus**

**zu beschließen:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kältebus-Einsatz im Rahmen des sog. Winter-Notprogramms Obdachlose auf montags bis sonntags von 18 bis 23 Uhr auszuweiten.

2. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob eine Ausweitung des Kältebus-Angebots bis 3 Uhr morgens oder auf die ganze Nacht ein geeignetes Mittel zur Betreuung bzw. Rettung von Obdachlosen ist.

*Begründung:*

*Zu 1.*
Das Kältebus-Angebot dient einer niedrigschwelligen Betreuung von Obdachlosen. Um diese zu optimieren, sollten die Einsatzzeiten ausgeweitet werden. Eine Ausweitung des Kältebus-Einsatzes auf die gesamte Woche einschließlich des Wochenendes ist bedarfsgerecht, denn an jedem Abend in der Woche stellen warme Getränke und Essen eine wichtige (Über-)Lebenshilfe dar, ebenso ggf. zusätzliche, wärmende Kleidung.

*Zu 2.*
Vier tote Obdachlose in Hannover innerhalb kürzester Zeit sind ein deutliches Zeichen, dass es Obdachlosen an Vielem fehlt. Da die besonders kritische Zeit nachts - und keineswegs nur kältebedingt - ist, muss geprüft werden, inwiefern eine Betreuung auch in dieser Zeitphase erfolgen muss, u.a. um Menschenleben zu retten.

Dirk Machentanz
Vorsitzender

**SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover**
**CDU-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover**
**Bündnis 90/Die Grünen Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover**
**DIE LINKE & PIRATEN – Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover**
**FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover**
**Die FRAKTION im Rat der Landeshauptstadt Hannover**

Geschäftsbereich
Oberbürgermeister
18. März 2019
18.00
14:50 h

In den

- Jugendhilfeausschuss
- Sozialausschuss
- Schulausschuss
- Internationalen Ausschuss
- Bauausschuss
- Verwaltungsausschuss

18.03.2019

**Dringlichkeitsantrag** gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

**Leitfaden bei Unterbringung von Familien mit Kindern in Gemeinschaftsunterkünften**

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, fachbereichsübergreifend (z.B. in einer Projektgruppe) einen Leitfaden zum Umgang und mit Angeboten für Familien mit Kindern in Gemeinschaftsunterkünften (Flucht- und Obdachbereich) zu entwickeln. Es soll sichergestellt werden, dass bewährte Maßnahmen zum Schutz und zur Schaffung von Perspektiven für die Untergebrachten angewendet werden. Der Leitfaden soll in diesem Jahr (2019) zur Beschlussfassung in den betroffenen Gremien vorgelegt werden. Er ist unabhängig von den BetreiberInnenverträgen zu sehen, die Maßnahmen sollen allerdings mit der sozialen Arbeit vor Ort zu verzahnen sein.

**Begründung:**

Familien mit Kindern in Gemeinschaftsunterkünften verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit, unseren Schutz und unsere Fürsorge. Es gibt bereits eine Anzahl von Ideen, Maßnahmen und Strukturen, wie immer wieder auftretenden Schwierigkeiten begegnet werden kann, diese sollen im Leitfaden gesammelt und strukturiert werden. Die Kinder, die in schwierigen Lebenslagen aufwachsen, sollen aufgefangen werden und Perspektiven erhalten. Ein Leitfaden, der fachbereichsübergreifend zur Verfügung steht, kann allen mit Familien in Gemeinschaftsunterkünften Befassten Zeit und Arbeit ersparen, indem er griffbereit bewährte Handlungsempfehlungen zur Verfügung stellt. Inhalte sollen sein:

- Möglichkeiten der medizinischen Versorgung
- Möglichkeiten der Betreuung und Förderung von Kindern im Vorschulalter
- Gewährleistung des Besuchs der Grundschule sowie gegebenenfalls einer angemessenen Sprachförderung

- Sicherstellung des Schulbesuchs an weiterführenden Schulen sowie Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung Darstellung von Unterstützungsmöglichkeiten und Verfahrenswegen für den Auszug aus Unterkünften.

| | | |
|---|---|---|
| Christine Kastning<br>Fraktionsvorsitzende | Jens-Michael Emmelmann<br>Stv. Fraktionsvorsitzender | Silvia Klingenburg-Pülm<br>Stv. Fraktionsvorsitzende |
| Dirk Machentanz<br>Gruppenvorsitzender | Patrick Döring<br>Stv. Fraktionsvorsitzender | Julian Klippert<br>Fraktionsvorsitzender |